

10.5 Bundestag und Bundesverfassungsgericht

Stand: 23.5.2019

In Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen unterschiedliche Möglichkeiten einer Beteiligung des Deutschen Bundestages. Neben den Vorgaben des Grundgesetzes (GG) finden sich die verfahrensrechtlichen Vorschriften im Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) und in der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts (GO-BVerfG). Der Bundestag kann an bestimmten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht als Antragsteller oder Antragsgegner unmittelbar beteiligt sein. Darüber hinaus kann er bestimmten Verfahren beitreten. Mit einem Beitritt erlangt der Bundestag die Stellung eines Verfahrensbeteiligten. Verfahrensbeteiligte können unter anderem Anträge – z.B. auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung – stellen, Akteneinsicht nehmen oder Fragen an Zeugen oder Sachverständige richten. Schließlich kann oder muss das Bundesverfassungsgericht dem Bundestag vor einer Entscheidung in bestimmten Verfahren Gelegenheit zur Äußerung geben. In der Praxis sind das Organstreitverfahren, die Verfahren der abstrakten und konkreten Normenkontrolle sowie Verfassungsbeschwerden von besonderer Bedeutung für den Bundestag. Auf diese drei Verfahren soll im Folgenden kurz eingegangen werden.

Das Organstreitverfahren (Registerzeichen BvE) ist ein Verfahren zwischen obersten Bundesorganen über die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Kompetenzen. Der Bundestag kann in diesem Verfahren sowohl Antragsgegner als auch Antragsteller sein. Parteifähig sind auch einzelne Abgeordnete sowie mit eigenen Rechten ausgestattete Organeile, wie Fraktionen und Ausschüsse, die eine Verletzung eigener Verfassungsrechtspositionen geltend machen können. Fraktionen können darüber hinaus im Wege der Prozessstandschaft die verfassungsmäßigen Rechte des Gesamtorgans Deutscher Bundestag auch gegen dessen Mehrheit geltend machen. Der Bundestag kann gemäß § 65 BVerfGG einem Organstreitverfahren zwischen anderen obersten Bundesorganen beitreten, soweit die Entscheidung auch für die Abgrenzung seiner Zuständigkeiten von Bedeutung ist. Das Bundesverfassungsgericht stellt in der Entscheidung eines Organstreitverfahrens mit Gesetzeskraft (§ 31 Abs. 1 BVerfGG) fest, ob die beanstandete Maßnahme oder Unterlassung gegen das Grundgesetz verstößt. Eine solche Feststellungsentscheidung hat jedoch keine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung.

Die Normenkontrollverfahren dienen der Prüfung einer Rechtsnorm auf ihre Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht, insbesondere der Vereinbarkeit formeller Gesetze mit dem Grundgesetz. Die abstrakte Normenkontrolle (Registerzeichen BvF) ist ein objektives Verfahren zum Schutz der Verfassung. Der Antrag auf Entscheidung in einem solchen Verfahren muss nicht auf einen „konkreten“ Fall bezogen sein. Bei diesem Verfahren ist der Bundestag als solcher nicht antragsberechtigt. Die Berechtigung, eine abstrakte Normenkontrolle zu initiieren, ist vielmehr als Minderheitsrecht ausgestaltet und steht einem Viertel der Mitglieder des Bundestages zu. Dem Bundestag wird in abstrakten Normenkontrollverfahren gemäß § 77 BVerfGG Gelegenheit zur Äußerung eingeräumt. Grund dafür ist, dass die mögliche Nichtigerklärung eines Gesetzes in einem solchen Verfahren einen Eingriff in die Zuständigkeit des parlamentarischen Gesetzgebers bedeutet.

Im Rahmen einer konkreten Normenkontrolle (Registerzeichen BvL) legt ein Gericht dem Bundesverfassungsgericht ein in einem konkreten Fall, über den es zu entscheiden hat, entscheidungserhebliches Gesetz zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit vor, wenn es dieses Gesetz für verfassungswidrig hält. Auch in konkreten Normenkontrollverfahren wird dem Bundestag gemäß §§ 82 Abs. 1, 77 BVerfGG stets die Möglichkeit zur Abgabe einer

Stellungnahme eingeräumt. Darüber hinaus kann der Bundestag einem konkreten Normenkontrollverfahren gemäß § 82 Abs. 2 BVerfGG beitreten.

Stellt das Bundesverfassungsgericht in einem Normenkontrollverfahren fest, dass die überprüfte Norm mit höherrangigem Recht unvereinbar ist, so erklärt es die Norm gemäß §§ 82 Abs. 1, 78 BVerfGG für nichtig. Entscheidungen in Normenkontrollverfahren sind damit unmittelbar rechtsgestaltend; auch ihnen kommt Gesetzeskraft zu.

Eine Verfassungsbeschwerde (Registerzeichen BvR) kann „jedermann“ wegen Verletzungen seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte durch die öffentliche Gewalt, also grundsätzlich auch durch den parlamentarischen Gesetzgeber, erheben. Gemäß §§ 94 Abs. 4, 77 BVerfGG ist dem Bundestag Gelegenheit zur Äußerung zu geben, nach § 94 Abs. 5 BVerfGG kann er dem Verfahren über eine Verfassungsbeschwerde auch beitreten. Gibt das Bundesverfassungsgericht einer Verfassungsbeschwerde gegen ein Gesetz statt, erklärt es das Gesetz gemäß § 95 Abs. 3 BVerfGG für nichtig.

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht mit Bezug zum deutschen Bundestag

12. Wahlperiode (1990–1994)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 2/90	Organstreitverfahren	Acht Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU —— Deutscher Bundestag; Bundesregierung	Rechtsstellung der Mitglieder des Deutschen Bundestages im Blick auf das Zustandekommen und die parlamentarische Behandlung des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 in Ansehung der in Art. 4 dieses Vertrages vereinbarten Änderungen des Grundgesetzes	
2 BvE 14/90	Organstreitverfahren	<i>Thomas Wüppesahl</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Behandlung von Anträgen eines fraktionslosen Mitglieds des Deutschen Bundestages	<i>Dr. Eberhard Baden</i>
2 BvE 1/91	Organstreitverfahren	Gruppe der Abgeordneten der PDS/Linke Liste —— Deutscher Bundestag	Anerkennung als Fraktion	<i>Prof. Dr. Peter Lerche</i>
2 BvE 1/92 2 BvE 2/92	Organstreitverfahren	<i>Martin Grüner</i> , MdB; <i>Ortwin Lowack</i> , MdB; <i>Dr. Günther Müller</i> , MdB —— Bundesregierung	Verlagerung von Teilen der Bundesregierung nach Berlin ohne förmliches Bundesgesetz	<i>Prof. Dr. Knut Ipsen</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 3/92	Organstreitverfahren	Fraktion der SPD und 228 ihrer Mitglieder —— Bundesregierung; Bundesminister der Verteidigung	Adria-Einsatz der Bundeswehr	
2 BvF 5/92	Abstrakte Normenkontrolle	249 Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU	Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27. Juli 1992	
2 BvE 2/93	Organstreitverfahren	Partei PDS —— Deutscher Bundestag	Verweigerung eines Globalzuschusses zugunsten des Vereins "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V." im Haushaltsjahr 1995	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>
2 BvE 5/93	Organstreitverfahren	Fraktion der FDP und 55 ihrer Mitglieder —— Bundesregierung; Bundesminister der Verteidigung	AWACS-Einsatz der Bundeswehr zur Luftüberwachung von Bosnien-Herzegowina	
2 BvE 6/93	Organstreitverfahren	<i>Ortwin Lowack</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Einführung des Art. 45 GG (Bestellung eines Ausschusses für die Angelegenheiten der EU)	Prof. Dr. <i>Joachim Wieland</i> , LL.M. (Cambridge)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 7/93	Organstreitverfahren	Fraktion der SPD und 226 ihrer Mitglieder —— Bundesregierung; Bundesminister der Verteidigung	AWACS-Einsatz der Bundeswehr zur Luftüberwachung von Bosnien-Herzegowina	
2 BvE 8/93	Organstreitverfahren	Fraktion der SPD und 221 ihrer Mitglieder —— Bundesregierung, Bundesminister der Verteidigung	Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II (Somalia)	
2 BvE 2/94	Organstreitverfahren	Fraktion der SPD —— Bundesregierung; Bundesminister der Finanzen	Weigerung der Bundesregierung, Protokolle von Sitzungen des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Treuhandanstalt vorzulegen	
2 BvE 3/94	Organstreitverfahren	Partei Die Republikaner —— Deutscher Bundestag, Bundesrat	Ausschluss der Zuschussfähigkeit ehrenamtlicher Leistungen von Parteimitgliedern	Prof. Dr. <i>Peter Badura</i>
2 BvE 5/94	Organstreitverfahren	<i>Ortwin Lowack</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Erlass des 16. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (FraktionsG) vom 11. März 1994	

13. Wahlperiode (1994–1998)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 1/95	Organstreitverfahren	Dr. <i>Gregor Gysi</i> , MdB —— Deutscher Bundestag, Ausschuss für Immunität, Wahlprüfung und Geschäftsordnung	Überprüfung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR aufgrund von § 44b Abgeordnetengesetz	
2 BvE 2/95	Organstreitverfahren	<i>Rolf Kutzmutz</i> , MdB	Überprüfung von Mitglied des Deutschen Bundestages auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR aufgrund von § 44b Abgeordnetengesetz	
2 BvE 4/95	Organstreitverfahren	Gruppe der Abgeordneten der PDS im Deutschen Bundestag —— Deutscher Bundestag	Zuerkennung des Fraktionsstatus, hilfsweise weiterer Gruppenrechte	Prof. Dr. <i>Knut Ipsen</i>
2 BvE 5/95	Organstreitverfahren	Partei PDS —— Deutscher Bundestag	Verweigerung eines Globalzuschusses zugunsten des Vereins "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V." im Haushaltsjahr 1996	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>
2 BvE 1/96	Organstreitverfahren	Partei PDS —— Deutscher Bundestag	Verweigerung eines Globalzuschusses zugunsten des Vereins "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V." im Haushaltsjahr 1997	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 1/97	Organstreitverfahren	Fraktion der SPD und vier ihrer Mitglieder —— 1. Untersuchungsausschuss des 13. Deutschen Bundestages; Deutscher Bundestag	Beschluss des 1. Untersuchungsausschusses vom 15. Januar 1997 betreffend Plutoniumzufuhr	Prof. Dr. <i>Wolfgang Löwer</i>
2 BvE 3/97	Organstreitverfahren	Partei PDS —— Deutscher Bundestag	Verweigerung eines Globalzuschusses zugunsten des Vereins "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V." im Haushaltsjahr 1998	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>
2 BvE 2/98	Organstreitverfahren	Dr. <i>Gregor Gysi</i> , MdB —— Deutscher Bundestag, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR aufgrund von § 44b Abgeordnetengesetz	Prof. Dr. <i>Wolfgang Löwer</i>

14. Wahlperiode (1998–2002)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 1/99	Organstreitverfahren	Kreisverband Krefeld —— Deutscher Bundestag	Wahlkreiseinteilung durch Wahlkreis-Neueinteilungsgesetz vom 1. Juli 1998	Prof. Dr. <i>Jörn Ipsen</i>
2 BvE 2/99	Organstreitverfahren	SPD, Unterbezirk Krefeld —— Deutscher Bundestag	Wahlkreiseinteilung durch Wahlkreis-Neueinteilungsgesetz vom 1. Juli 1998	Prof. Dr. <i>Jörn Ipsen</i>
2 BvE 3/99	Organstreitverfahren	Kreisverband Krefeld von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —— Deutscher Bundestag	Wahlkreiseinteilung durch Wahlkreis-Neueinteilungsgesetz vom 1. Juli 1998	Prof. Dr. <i>Jörn Ipsen</i>
2 BvE 6/99	Organstreitverfahren	Fraktion der PDS —— Bundesregierung	Zustimmung der Bundesregierung zum neuen strategischen Konzept der NATO ohne vorherige Beteiligung des Deutschen Bundestages	Prof. Dr. <i>Helmut Steinberger</i>
2 BvE 1/00	Organstreitverfahren	Fraktion der CDU/CSU —— Bundesregierung	Unterlassen der Einleitung eines Bund-Länder-Streits gegen das Land Nordrhein-Westfalen anlässlich des Antrags auf Aufhebung der Immunität von <i>Ronald Pofalla</i> , MdB	
2 BvE 2/00	Organstreitverfahren	<i>Ronald Pofalla</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Entscheidungen in Immunitätsangelegenheiten	Prof. Dr. <i>Martin Morlok</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
1 BvF 1/01	Abstrakte Normenkontrolle	Staatsregierung des Freistaates Sachsen; Landesregierung des Freistaates Thüringen	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften vom 16. Februar 2001	Prof. Dr. <i>Bodo Pieroth</i>
1 BvF 2/01	Abstrakte Normenkontrolle	Bayerische Staatsregierung	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften vom 16. Februar 2001	Prof. Dr. <i>Bodo Pieroth</i>
2 BvE 1/01	Organstreitverfahren	13 Mitglieder der Fraktion der SPD —— Deutscher Bundestag	Genehmigung des Präsidenten des Deutschen Bundestages, einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss in den Räumen des Deutschen Bundestages auszuführen	
2 BvE 2/01	Organstreitverfahren	Fraktion der CDU/CSU und fünf ihrer Mitglieder —— 1. Untersuchungsausschuss des 14. Deutschen Bundestages	Unterlassene Durchführung von Beweisbeschlüssen und der Ablehnung von Beweisanträgen	
2 BvE 1/02	Organstreitverfahren	Partei Die Grauen – Graue Panther —— Deutscher Bundestag; Bundesrat	"Drei-Länder-Quorum" nach § 18 Abs. 4 Satz 3 Parteiengesetz	Prof. Dr. <i>Erhard Denninger</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 2/02	Organstreitverfahren	Ökologisch- Demokratische Partei (ödp) —— Deutscher Bundestag; Bundesrat	"Drei-Länder-Quorum" nach § 18 Abs. 4 Satz 3 Parteiengesetz	Prof. Dr. <i>Erhard Denninger</i>
2 BvE 3/02	Organstreitverfahren	Fraktion der CDU/CSU —— Deutscher Bundestag	Verfahren zur Sitzverteilung im Vermittlungsausschuss in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages	Prof. Dr. <i>Joachim Wieland, LL.M. (Cambridge)</i>

15. Wahlperiode (2002–2005)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 1/03	Organstreitverfahren	Fraktion der FDP —— Bundesregierung	AWACS-Einsatz der Bundeswehr zur Luftüberwachung der Türkei	
2 BvF 1/04	Abstrakte Normenkontrolle	247 Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und 46 Mitglieder der Fraktion der FDP	Haushaltsgesetz 2004 und Nachtragshaushaltsgesetz 2004	
2 BvR 412/04	Verfassungsbeschwerde		Art. 15 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 – Gesetzesinitiative des Vermittlungsausschusses	Prof. Dr. <i>Günter Frankenberg</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 2491/04	Verfassungsbeschwerde		Art. 15 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 – Gesetzesinitiative des Vermittlungsausschusses – Rückwirkungsverbot und Gleichbehandlungsgrundsatz	Prof. Dr. <i>Günter Frankenberg</i>
1 BvR 357/05	Verfassungsbeschwerde		Abschussermächtigung im Luftsicherheitsgesetz	Prof. Dr. <i>Gunter Widmaier</i>
2 BvE 1/05	Organstreitverfahren	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Beschluss des Ältestenrates, über das Zustimmungsgesetz zum Vertrag über eine Verfassung von Europa in zweiter und dritter Lesung zu beschließen	
2 BvE 2/05	Organstreitverfahren	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB —— Deutscher Bundestag; Bundesregierung	Zustimmungsgesetz zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	Prof. Dr. <i>Ingolf Pernice</i>
2 BvE 4/05	Organstreitverfahren	<i>Jelena Hoffmann</i> , MdB —— Bundespräsident	Verfassungsmäßigkeit der Auflösung des 15. Deutschen Bundestages	
2 BvE 7/05	Organstreitverfahren	<i>Werner Schulz</i> , MdB —— Bundespräsident	Verfassungsmäßigkeit der Auflösung des 15. Deutschen Bundestages	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvQ 18/05	Einstweilige Anordnung	265 Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU; Fraktion der CDU/CSU im 2. Untersuchungsausschuss des 15. Deutschen Bundestages; Fraktion der FDP —— 2. Untersuchungsausschuss des 15. Deutschen Bundestages	Verfahrensfragen des 2. Untersuchungsausschusses des 15. Deutschen Bundestages	
2 BvR 636/05	Verfassungsbeschwerde	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB	Beschluss des Ältestenrates, mit dem die zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Vertrages über eine Verfassung für Europa festgesetzt wurde	

16. Wahlperiode (2005–2009)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 5/06	Organstreitverfahren	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vier ihrer Mitglieder —— Bundesregierung	Umfang der Auskunftspflicht der Bundesregierung zu kleinen Anfragen	
2 BvE 1/07	Organstreitverfahren	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB; <i>Willy Wimmer</i> , MdB —— Bundesregierung; Deutscher Bundestag	Beteiligung des Deutschen Bundestages und seiner Mitglieder an der Ausgestaltung des NATO-Vertrages sowie bei der Beschlussfassung über die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan	
2 BvE 2/07	Organstreitverfahren	Fraktion PDS/DIE LINKE. —— Bundesregierung	Beteiligung des Deutschen Bundestages und seiner Mitglieder an der Ausgestaltung des NATO-Vertrages sowie bei der Beschlussfassung über die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 3/07	Organstreitverfahren	Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; qualifizierte Minderheit im 1. Untersuchungsausschuss der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages bestehend aus Dr. <i>Max Stadler</i> , MdB; <i>Wolfgang Nešković</i> , MdB; <i>Hans- Christian Ströbele</i> , MdB —— Bundesregierung	Fragen der Beweiserhebung im 1. Untersuchungsausschuss des 16. Deutschen Bundestages	
2 BvE 5/07	Organstreitverfahren	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —— Bundesregierung	Zulässigkeit des Einsatzes der Bundeswehr anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages	
2 BvE 2/08	Organstreitverfahren	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB —— Deutscher Bundestag; Bundesregierung	Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23, 45 und 93) vom 8. Oktober 2008 sowie Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	Prof. Dr. <i>Ingolf Pernice</i>
2 BvE 4/08	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Bundesregierung	Zustimmungsbedürftigkeit zur Fortführung des Bundeswehreinsatzes im Kosovo nach Unabhängigkeitserklärung des Kosovo	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 5/08	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Deutscher Bundestag	Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon	Prof. Dr. <i>Franz C. Mayer</i> , LL.M. (Yale)
2 BvE 6/08	Organstreitverfahren	<i>Bodo Ramelow</i> , MdB; Fraktion DIE LINKE. —— Bundesminister des Innern; Bundesregierung	Beobachtung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz	
2 BvR 1010/08	Verfassungsbeschwerde	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB	Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23, 45 und 93) vom 8. Oktober 2008 sowie Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	Prof. Dr. <i>Ingolf Pernice</i>
2 BvR 1259/08	Verfassungsbeschwerde	53 Mitglieder der Fraktion DIE LINKE.	Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon	Prof. Dr. <i>Franz C. Mayer</i> , LL.M. (Yale)
1 BvR 1140/09	Verfassungsbeschwerde	9 Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ermittlungsbefugnisse des BKA zum Einsatz von heimlichen Überwachungsmaßnahmen	
2 BvE 1/09	Organstreitverfahren	<i>Jörg Tauss</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Erforderliche Anzahl von Lesungen im Deutschen Bundestag	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvF 1/09	Abstrakte Normenkontrolle	Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Sachsen	§ 6a Satz 1, 3 und 4 Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder	Prof. Dr. <i>Hermann Pünder</i> , LL.M. (Iowa)
2 BvR 182/09	Verfassungsbeschwerde		Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23, 45 und 93) vom 8. Oktober 2008 sowie Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	Prof. Dr. <i>Franz C. Mayer</i> , LL.M. (Yale)

17. Wahlperiode (2009–2013)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvC 4/10	Wahlprüfungsbeschwerde		Beschluss des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 2010 – EuWP 38/09; § 2 Abs. 7 Europawahlgesetz	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
2 BvC 6/10	Wahlprüfungsbeschwerde		Beschluss des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 2010 – EuWP 35/09; § 2 Abs. 7 Europawahlgesetz; § 2 Abs. 5, §§ 9, 15, 16 Europawahlgesetz	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
2 BvC 8/10	Wahlprüfungsbeschwerde		Beschluss des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 2010 – EuWP 50/09; § 2 Abs. 7 Europawahlgesetz	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
2 BvG 1/10	Bund-Länder-Streit	Landesregierung Schleswig-Holstein —— Deutscher Bundestag; Bundesrat; Bundesregierung	Verankerung der sogenannten Schuldenbremse im Grundgesetz	Prof. Dr. <i>Christian Seiler</i>
2 BvL 4/10	Konkrete Normenkontrolle		§ 32 Satz 1 und 2 Bundesbesoldungsgesetz in der durch das Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung vom 16. Februar 2002 in Kraft getretenen Fassung	Prof. Dr. <i>Wolfgang Zeh</i>
2 BvR 987/10	Verfassungsbeschwerde		Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland (Hilfe für Griechenland)	Prof. Dr. <i>Franz C. Mayer</i> , LL.M. (Yale)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 1099/10	Verfassungsbeschwerde	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB	Euro-Stabilisierungsmechanismusgesetz und Handeln im Zusammenhang mit dem „Euro-Rettungsschirm“	Prof. Dr. <i>Franz C. Mayer</i> , LL.M. (Yale)
2 BvC 3/11	Wahlprüfungs-beschwerde		Beschluss des Deutschen Bundestages vom 10. Februar 2011 – WP 56/09	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
2 BvE 1/11	Organstreitverfahren	Dr. <i>Dagmar Enkelmann</i> , MdB; <i>Ulrich Maurer</i> , MdB; Fraktion DIE LINKE. —— Vermittlungsausschuss; Deutscher Bundestag; Bundesrat	Mitwirkungsrechte in einer vom Vermittlungsausschuss eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema „Hartz-IV-Regelbedarfsermittlung“	Prof. Dr. <i>Frank Schorkopf</i>
2 BvE 2/11	Organstreitverfahren	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vier ihrer Mitglieder —— Bundesregierung	Verweigerung von Auskünften zur Deutschen Bahn AG und zur Finanzmarktaufsicht	Prof. Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago)
2 BvE 4/11	Organstreitverfahren	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —— Bundesregierung	Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Euro-Plus-Pakt	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 5/11	Organstreitverfahren	<i>Hans-Christian-Ströbele</i> , MdB; <i>Katja Keul</i> , MdB; <i>Claudia Roth</i> , MdB —— Bundesregierung	Informationsrechte der Mitglieder des Deutschen Bundestages bezüglich Rüstungsexporte nach der Genehmigungsentscheidung im Bundessicherheitsrat	
2 BvE 6/11	Organstreitverfahren	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —— Bundesregierung	Parlamentsvorbehalt beim Einsatz bewaffneter Streitkräfte zur Rettung deutscher Staatsangehöriger aus Libyen am 26. Februar 2011	
2 BvE 7/11	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Bundesregierung	Parlamentarisches Informationsrecht über Unterstützungseinsätze der Bundespolizei nach § 11 Bundespolizeigesetz	
2 BvE 8/11	Organstreitverfahren	Prof. Dr. <i>Peter Danckert</i> , MdB; <i>Swen Schulz</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Übertragung von Beteiligungsrechten des Deutschen Bundestages auf ein Sondergremium im Zusammenhang mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	Prof. Dr. <i>Marcel Kaufmann</i> , LL.M. (Nottingham)
2 BvE 9/11	Organstreitverfahren	Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —— Deutscher Bundestag	Beschluss des 19. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011	Prof. Dr. <i>Frank Schorkopf</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvF 3/11	Abstrakte Normenkontrolle	145 Mitglieder der Fraktion der SPD und 69 Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
2 BvR 2670/11	Verfassungsbeschwerde		§ 6 Bundeswahlgesetz in seiner am 3. Dezember 2011 in Kraft getretenen Fassung	Prof. Dr. <i>Frank Schorkopf</i>
2 BvE 4/12	Organstreitverfahren	Ökologisch- Demokratische Partei (ÖDP) —— Deutscher Bundestag	Mittelzuweisung an Fraktionen, politische Stiftungen und für Abgeordnetenmitarbeiter im Haushalt 2012	Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvE 5/12	Organstreitverfahren	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB —— Bundesregierung; Deutscher Bundestag; Bundesminister der Finanzen	Einbringung, Beratung und Beschlussfassung über das ESM- Finanzierungsgesetz, Vorenthaltung von für die Beratung und Beschlussfassung erforderlicher Informationen	
2 BvE 6/12	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Deutscher Bundestag	die vom Deutschen Bundestag am 29. Juni 2012 als Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beschlossenen Gesetze (Zustimmungsgesetze zu ESM-Vertrag und „Fiskalpakt“ u.a.)	Prof. Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof. Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvF 1/12	Abstrakte Normenkontrolle	214 Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV) vom 19. Dezember 2011	
2 BvR 1390/12	Verfassungsbeschwerde	Dr. <i>Peter Gauweiler</i> , MdB —— Deutscher Bundestag	Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvR 1421/12	Verfassungsbeschwerde		Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvR 1438/12	Verfassungsbeschwerde		Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer — Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 1439/12	Verfassungsbeschwerde	76 Mitglieder der Fraktion DIE LINKE.	Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof. Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof. Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvR 1440/12	Verfassungsbeschwerde		Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof. Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof. Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvR 1561/12	Verfassungsbeschwerde		Erhebung der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz	Prof. Dr. <i>Christian von Coelln</i>
2 BvR 1562/12	Verfassungsbeschwerde		Erhebung der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz	Prof. Dr. <i>Christian von Coelln</i>
2 BvR 1563/12	Verfassungsbeschwerde		Erhebung der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz	Prof. Dr. <i>Christian von Coelln</i>
2 BvR 1564/12	Verfassungsbeschwerde		Erhebung der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz	Prof. Dr. <i>Christian von Coelln</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 1824/12	Verfassungsbeschwerde		Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	Prof. Dr. <i>Christian Calliess</i> , LL.M. Eur (Brügge); Prof. Dr. <i>Christoph Möllers</i> , LL.M. (Chicago); Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>
2 BvE 2/13	Organstreitverfahren	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvE 5/13	Organstreitverfahren	Bundesverband der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 6/13	Organstreitverfahren	„Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung“; Allianz Graue Panther (AGP); Bündnis 21/RRP; Deutsche Konservative Partei; Deutsche Zukunft (DZ); DSL P – Die Bürgerpartei; Familien-Partei Deutschlands; Freie Wähler Deutschland (FWD); GRAUE PANTHER Deutschland; Partei für Franken —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvE 7/13	Organstreitverfahren	PIRATEN-Partei Deutschland —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 8/13	Organstreitverfahren	Bundesvereinigung FREIE WÄHLER; Ökologisch- Demokratische Partei (ÖDP) —— Deutscher Bundestag; Bundesrat; Bundespräsident	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvE 9/13	Organstreitverfahren	Partei DIE REPUBLIKANER —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvE 10/13	Organstreitverfahren	AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, AUF – Christen für Deutschland —— Deutscher Bundestag	Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvR 2220/13	Verfassungsbeschwerde		Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvR 2221/13	Verfassungsbeschwerde		Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvR 2238/13	Verfassungsbeschwerde		Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>

18. Wahlperiode (2013–2017)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer —— Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvE 4/14	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Deutscher Bundestag	Minderheiten- und Oppositionsrechte im Deutschen Bundestag	Prof. Dr. <i>Kyryll-Alexander Schwarz</i>
2 BvR 1685/14	Verfassungsbeschwerde		Europäische Bankenunion (SSM-VO/SRM-VO)	Prof. Dr. <i>Ulrich Hufeld</i>
2 BvR 2631/14	Verfassungsbeschwerde		Europäische Bankenunion (SSM-VO/SRM-VO)	Prof. Dr. <i>Ulrich Hufeld</i>
2 BvR 2347/15	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 2453/15	Verfassungsbeschwerde		Grundsatz der Bestenauslese bei Bundesrichterwahlen	Prof. Dr. <i>Frank Schorkopf</i>
2 BvE 2/16	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Bundesregierung; Deutscher Bundestag	Bundeswehreinsatz gegen den IS	Prof. Dr. <i>Heike Krieger</i>
2 BvE 3/16	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Bundesregierung	Erstes CETA-Verfahren: Unterzeichnung, vorläufige Anwendung und Abschluss des Freihandelsabkommens CETA	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvE 4/16	Organstreitverfahren	Fraktion DIE LINKE. —— Deutscher Bundestag	Zweites CETA-Verfahren: Stellungnahme des Bundestages vom 22. September 2016 und die damit verbundene Unterlassung einer konstitutiven und verfassungsrechtlich zulässigen Zustimmung zur vorläufigen Anwendung des CETA	Prof. Dr. <i>Ulrich Hufeld</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer — Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 651/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1261/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1368/16	Verfassungsbeschwerde		Erstes CETA-Verfahren: Unterzeichnung, vorläufige Anwendung und Abschluss des Freihandelsabkommens CETA	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvR 1444/16	Verfassungsbeschwerde		Erstes CETA-Verfahren: Unterzeichnung, vorläufige Anwendung und Abschluss des Freihandelsabkommens CETA	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvR 1482/16	Verfassungsbeschwerde		Erstes CETA-Verfahren: Unterzeichnung, vorläufige Anwendung und Abschluss des Freihandelsabkommens CETA	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvR 1494/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1593/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1624/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1807/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>
2 BvR 1823/16	Verfassungsbeschwerde		Erstes CETA-Verfahren	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvR 2354/16	Verfassungsbeschwerde		Regelung des § 217 StGB über die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	Prof. Dr. <i>Steffen Augsberg</i>

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer — Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvQ 29/17	Einstweilige Anordnung	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; beigetreten: Fraktion DIE LINKE. — Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages	Beschlussfassung über Gesetzentwürfe zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare	Prof. Dr. <i>Martin Nettesheim</i>

19. Wahlperiode (2017–)

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer — Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvR 739/17	Verfassungsbeschwerde		Gesetz zum Übereinkommen vom 13. Februar 2013 über ein einheitliches Patentgericht in Verbindung mit dem Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht	Prof. Dr. <i>Heiko Sauer</i>
2 BvF 2/18	Abstrakte Normenkontrolle	216 Mitglieder der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Änderungen des Parteiengesetzes betreffend die Parteienfinanzierung	Prof. Dr. <i>Joachim Wieland, LL.M. (Cambridge)</i>
2 BvQ 91/18	Einstweilige Anordnung	Fraktion der AfD	Parlamentarisches Verfahren zum Beschluss der Änderungen des Parteiengesetzes betreffend die Parteienfinanzierung	Prof. Dr. <i>Christofer Lenz</i>
2 BvE 5/18	Organstreitverfahren	Fraktion der AfD	Parlamentarisches Verfahren zum Beschluss der Änderungen des Parteiengesetzes betreffend die Parteienfinanzierung	

Aktenzeichen BVerfG	Verfahrensart	Antragsteller/ Beschwerdeführer — Antragsgegner	Verfahrensgegenstand	Vertretung des Deutschen Bundestages
2 BvQ 22/19	Einstweilige Anordnung	216 Mitglieder der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Wahlrechtsausschlüsse nach dem Europawahlgesetz	Prof. Dr. <i>Bernd Grzeszick</i> , LL.M. (Cambridge)
	<i>Antrag nach Art. 21 Abs. 3 GG</i>	<i>Deutscher Bundestag; Bundesregierung; Bundesrat</i>	<i>Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung</i>	<i>Prof. Dr. Christian Waldhoff; Prof. Dr. Christoph Möllers, LL.M. (Chicago)</i>

Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts

Die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts werden jeweils zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt.

Die Wahl der Verfassungsrichter des 1. und des 2. Senats durch den Bundestag ist in § 6 Bundesverfassungsgerichtsgesetz geregelt. Scheidet eines der vom Bundestag berufenen Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts aus Altersgründen oder nach Ablauf der 12jährigen Amtszeit aus, wählt der Bundestag auf Vorschlag des Wahlausschusses einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin. Der Wahlausschuss wird zu Beginn jeder Wahlperiode eingesetzt. Seine 12 Mitglieder sind Abgeordnete der im Bundestag vertretenen Fraktionen und werden nach den Regeln der Verhältniswahl (Verfahren nach *D'Hondt*) in den Wahlausschuss gewählt.

Zu einer Sitzung des Wahlausschusses lädt das nach dem Lebensalter älteste Mitglied des Wahlausschusses ein. Ein Wahlvorschlag wird mit mindestens acht Stimmen der Mitglieder des Wahlausschusses beschlossen. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind zur Verschwiegenheit über die ihnen durch ihre Tätigkeit im Wahlausschuss bekanntgewordenen persönlichen Verhältnisse der Bewerber sowie über die Erörterungen hierzu im Wahlausschuss und über die Abstimmung verpflichtet.

Auf der Grundlage des Wahlvorschlages wählt der Bundestag ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln das neue Mitglied des Bundesverfassungsgerichts.

Aus der folgenden **Übersicht über die Präsidenten und Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts** geht hervor, ob entsprechend § 9 Bundesverfassungsgerichtsgesetz der Bundesrat oder der Bundestag die Wahl vorgenommen hat. Bis zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes vom 24. Juni 2015 erfolgte die Wahl unmittelbar durch den Wahlausschuss des Bundestages.

Jahr	Präsident des Bundesverfassungsgerichts	Stellvertreter des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
1990	<i>Roman Herzog</i> (Wahl durch Bundesrat am 16.10.1987)	<i>Ernst Mahrenholz</i> (Wahl durch Bundesrat am 16.10.1987)
1991		
1992		
1993		
1994	<i>Jutta Limbach</i> (Wahl durch Wahlausschuss des Bundestages am 07.9.1994)	<i>Jutta Limbach</i> (Wahl durch Wahlausschuss des Bundestages am 04.03.1994)
		<i>Johann-Friedrich Henschel</i> (Wahl durch Bundesrat am 23.9.1994)
1995		<i>Otto Seidl</i> (Wahl durch Wahlausschuss des Bundestages am 27.9.1995)
1996		
1997		
1998		<i>Hans-Jürgen Papier</i> (Wahl durch Bundesrat am 06.2.1998)
1999		
2000		
2001		
2002		<i>Hans-Jürgen Papier</i> (Wahl durch Bundesrat am 1.3.2002)
2003		
2004		
2005		
2006		
2007		
2008	<i>Andreas Voßkuhle</i> (Wahl durch Bundesrat am 25.04.2008)	
2009		
2010	<i>Andreas Voßkuhle</i> (Wahl durch Wahlausschuss des Bundestages am 5.3.2010)	<i>Ferdinand Kirchhof</i> (Wahl durch Wahlausschuss des Bundestages am 5.3.2010)
2011		
2012		
2013		
2014		
2015		
2016		
2017		
2018		
2019		<i>Stephan Harbarth</i> (Wahl durch Bundesrat am 23.11.2018)

Quelle: Deutscher Bundestag, Sekretariat des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.12.